

 Bundeskanzleramt

bundeskanzleramt.gv.at

Karl Nehammer
Bundeskanzler

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2024-0.369.768

Wien, am 15. Juli 2024

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Hauser, Kolleginnen und Kollegen haben am 15. Mai 2024 unter der Nr. **18617/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Corona-Impfstoffverträge“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 19:

1. *In welchem Ministerratsbeschluss wurde die Entscheidung gefällt, diesen Vertrag zu unterschreiben?*
2. *Stimmt die Information, die uns inoffiziell vorliegt, dass der Vertrag von Seiten Österreichs vom früheren Gesundheitsminister Rudi Anschober unterschrieben wurde?*
 - a. *Falls nein, wer hat den Vertrag als Vertreter Österreichs unterschrieben?*
 - b. *Wer war sonst bei der Unterzeichnung beteiligt?*
 - c. *Wann genau wurde der Vertrag mit der österreichischen Regierung unterschrieben?*
3. *Wurde dieser Vertrag und seine Unterzeichnung zwischen ÖVP und Grünen abgesprochen und beschlossen?*
 - a. *Wann wurde dies ausgemacht?*

- b. Auf welchem Wege wurde die Öffentlichkeit informiert?*
 - c. Haben die Regierungsparteien die Öffentlichkeit ausführlich über die Inhalte der Verträge informiert?*
- 4. Warum wurde der genannte Vertrag von der österreichischen Regierung unterschrieben?*
- 5. Warum akzeptierte die österreichische Regierung, dass Wirksamkeit, Nebenwirkungen und Langzeitfolgen nicht bekannt sind?*
- 6. Stand die österreichische Regierung unter Druck, diese Bedingungen zu akzeptieren?*
 - a. Falls ja, von wem?*
 - b. Falls ja, warum hat sich die österreichische Regierung unter Druck setzen lassen?*
 - c. Falls ja, warum wurde die Bevölkerung nicht geschützt, sondern hat sich die Regierung dem Druck gebeugt?*
- 7. Namhafte Juristen sind der Meinung, dass dieser Vertrag in Österreich gem. den Bedingungen des ABGB sittenwidrig und somit illegal ist. Hat die Regierung oder das Bundesministerium den Vertrag aus dieser Sicht analysiert?*
 - a. Was sind die Ergebnisse der Analyse?*
 - b. Falls nicht, werden Sie dies tun?*
- 8. Beabsichtigen Sie, nachdem dieser Vertrag nun öffentlich vorliegt, alle Impfstoff-Verträge im Sinne einer längst überfälligen und mehr denn je notwendigen juristischen und politischen Aufarbeitung endlich offenzulegen?*
- 9. Beabsichtigen Sie, nachdem dieser Vertrag nun öffentlich vorliegt, alle Impfstoff-Verträge im Sinne des längst überfälligen und mehr denn je notwendigen Schutzes der Gesundheit der Bevölkerung aufzukündigen und die COVID-19-Impfungen in Österreich endlich zu stoppen?*
 - a. Falls nein, warum nicht?*
 - b. Wollen Sie die Corona-Impfstoffe, ohne entsprechende Aufklärung und Offenlegung der unkalkulierbaren Risiken, weiterhin an die Bevölkerung verimpfen?*
- 10. Warum ging die österreichische Regierung das völlig unkalkulierbare Risiko mit der Einführung der Corona-Impfungen und der Impfpflicht ein?*
- 11. Welche Provisionen oder sonstige Geld- oder Sachleistungen wurden von BioNTech oder Pfizer und wann an politische Parteien und/oder die österreichische Regierung und/oder Mitglieder der österreichischen Regierung und/oder Beamte der Republik Österreich und/oder an Mitglieder der Beratungsgremien der österreichischen Regierung bezahlt?*
- 12. Warum hat die österreichische Regierung die Bevölkerung, die Impflinge und die Medien in Österreich nicht darüber informiert, dass sie weiß und akzeptiert, dass die Wirksamkeit und die Sicherheit der Impfung nie gewährleistet waren und sind?*

13. Wann bzw. in welchem Ministerrat wurde von der österreichischen Regierung entschieden, dass die Bevölkerung und die Medien nicht darüber informiert werden, dass sie weiß und akzeptiert, dass die Wirksamkeit und die Sicherheit der Impfung nie gewährleistet waren und sind?
14. Ab wann wussten Sie persönlich, dass die österreichische Regierung entschied, dass die Bevölkerung und die Medien nicht darüber informiert werden, dass sie weiß und akzeptiert, dass die Wirksamkeit und die Sicherheit der Impfung nie gewährleistet waren und sind?
15. Warum hat die österreichische Regierung nicht in den Aufklärungsbögen zur Impfung – wozu sie verpflichtet gewesen wäre – angegeben, dass sie weiß und akzeptiert, dass die Wirksamkeit und die Sicherheit der Impfung nie gewährleistet waren?
16. Welche Folgen werden Sie, spätestens jetzt (da Sie diese Informationen gerade bekommen, gelesen und verarbeitet haben), daraus ziehen, dass eine Impfung ohne komplette und umfassende Aufklärung juristisch eine Körperverletzung darstellt?
17. Wer in der Regierung trägt die politische und juristische Verantwortung, dass dadurch alle Aufklärungen zur Impfung in diesem entscheidenden Punkt unvollständig und daher ungültig sind?
 - a. Auf welche Weise werden Sie die Bevölkerung über diesen Rechtsbruch informieren?
 - b. Wann wird die Bevölkerung aufgeklärt und entschädigt?
18. Warum wurde die COVID-19-Impfung, deren Wirksamkeit und Sicherheit völlig unklar war und ist, von der österreichischen Regierung mit allen Mitteln bis hin zur Impfpflicht, Androhung von Zwangsmaßnahmen, Strafen und Gewalt sowie mit massivem Druck auf die Zulassungsbehörden „durchgeboxt“?
19. Will die österreichische Regierung auch in Zukunft andere Impfungen an die Österreicher verimpfen, die unsicher und nicht getestet sind und deren Wirksamkeit nicht gezeigt wurde?
 - a. Handelt es sich dabei um mRNA-Impfungen?
 - b. Handelt es sich um andere Impfungen?

Diese Fragen sind nach den Bestimmungen des Bundesministeriengesetzes 1986 in der nunmehr geltenden Fassung, BGBl. I Nr. 44/2024, nicht Gegenstand meines Vollzugsbereiches und können somit nicht beantwortet werden.

Karl Nehammer

